



# Frankfurter Allgemeine

## SONNTAGSZEITUNG

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER

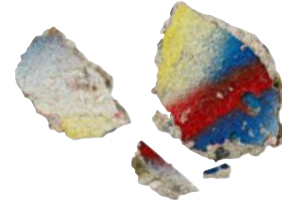
### LEON BAUER

Absturz und Rückkehr des Box-Wunderkinds. *Sport*



### ALARM IM AUTOLAND

Baden-Württembergs Autoindustrie wankt. Eine Reise ins Krisengebiet. *Wirtschaft*



### WUNDERBARER MAUERFALL

Über das selige Gefühl nach dem 9. November 1989 und ein neues Zuhause im Osten. *Leben*

### FLÜSSIGER POP

Die Sängerin FKA twigs feiert den Stilwandel. *Feuilleton*



**Was man noch sagen darf**

Leider nicht viel, finden manche. Ist die Meinungsfreiheit in Gefahr?

*Politik, Feuilleton*

## Eigenheim wird zum Luxus

Studie: Preise selbst für Besserverdiener oft zu hoch. Stadtpolitiker wollen reagieren

Ein Eigenheim macht glücklicher, senkt das Scheidungsrisiko – aber ob man sich überhaupt eins leisten kann, hängt in Deutschland zunehmend vom Vermögen der Eltern ab. Das ist das zentrale Ergebnis einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, die dieser Zeitung exklusiv vorliegt. Die Autoren der repräsentativen Erhebung haben untersucht, warum sich nicht mehr Menschen ein Haus oder eine Wohnung kaufen, obwohl die meisten Mieter gerne Eigentümer wären und die Bauzinsen so niedrig sind wie noch nie. Nach Ansicht der Autoren ist die größte Hürde für den Kauf das fehlende Eigenkapital: Denn je höher der Preis einer Immobilie ist, desto größer ist auch der Eigenanteil, den der Käufer bei einer Finanzierung leisten muss.

Dieser ist gerade in den Großstädten aber selbst für viele Besserverdiener nur noch zu stemmen, wenn die eigene Familie sie dabei finanziell unterstützt. Öko-

nomen und Soziologen halten diese Entwicklung für alarmierend. „Immer mehr Menschen fühlen sich regelrecht verschaukelt, weil sie das Gefühl haben, nicht mithalten zu können, egal, wie viel sie strampeln“, sagt die Stuttgarter Wohnsoziologin Christine Hannemann. Der Frust darüber, mit eigener Arbeit und trotz guten Einkommens nichts erreichen zu können, habe mittlerweile auch die bürgerliche Mitte der Gesellschaft erfasst. „Das gefährdet die Demokratie“, sagt Hannemann. Denn in Deutschland sei Eigentumsbildung noch immer die vorherrschende und auch politisch propagierte Wohnideologie. Das Bundesbauministerium zum Beispiel empfiehlt Wohneigentum in Zeiten von Niedrigzinsen ausdrücklich als „sehr sinnvolle Alternative für die Altersvorsorge und Vermögensbildung“. Dabei fragen sich Menschen mit geringeren Einkommen und Familien in Ballungsräumen zunehmend, wie sie diesem politi-

schen Anspruch bei den hohen Mieten und Immobilienpreisen überhaupt noch gerecht werden sollen.

Nach Ansicht des Bonner Ökonomen Moritz Schularick spaltet der anhaltende Preisboom am Immobilienmarkt die deutsche Gesellschaft zunehmend in Gewinner und Verlierer. Die stark steigenden Preise für Wohneigentum hätten „die Reichen reicher gemacht“. Nach seinen Berechnungen sind Eigentümer seit 2011 inflationsbereinigt um 2,8 Billionen Euro reicher geworden, 1,5 Billionen Euro davon entfielen auf das vermögendste Zehntel der Bevölkerung. Das liegt vor allem daran, dass das Immobilienvermögen in Deutschland ungleich verteilt ist: Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, in denen die Eigentumsquote höher ist, besitzen in Deutschland im Grundsatz Wohlhabende Immobilien, während Arme zur Miete wohnen. Auf der anderen Seite haben die steigenden Wohnkosten die Armen noch är-

mer gemacht, denn sie müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Daran, fürs Eigenheim zu sparen und fürs Alter vorzusorgen, ist für sie gar nicht erst zu denken.

Nun reagieren auch die Stadtpolitiker auf den zunehmenden Eigentumsfrust in der urbanen Mittelschicht. „Es gibt genug Familien in der Stadt, die 6000 Euro verdienen, aber ins Umland ziehen, weil sie sich in der Stadt kein Eigentum leisten können“, sagt der Frankfurter Baudezernent Jan Schneider von der CDU. Mit dem geplanten neuen Baulandabschluss will die Stadt Projektentwickler künftig nicht nur wie bisher verpflichten, günstige Mietwohnungen zu bauen, sondern auch preisreduzierte Eigentumswohnungen. Vorbild dafür ist München: Die teuerste Stadt Deutschlands versucht schon länger mit Förderprogrammen jungen Familien den Weg ins Eigenheim zu erleichtern. *jul. Seite 61*

## Strafzins nur für Millionäre

Die Deutsche Bank will die Mehrheit der Privatkunden von Strafzinsen verschonen. Das sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Karl von Rohr dieser Zeitung. Demnach soll der Strafzins, den die Bank angekündigt hat, nur für Millionäre gelten. „Es geht lediglich um die Einlagen von Konzernen, großen Firmenkunden und sehr vermögenden Privatkunden“, sagte von Rohr. „Mit ihnen gehen wir intensiv ins Gespräch, dafür haben die Kunden, die wir bislang angesprochen haben, auch Verständnis. Wir helfen ihnen, ihr Vermögen umzuschichten und höhere Renditen zu erzielen.“ Der Bank-Vorstand rechtfertigt die Maßnahme mit der gesellschaftlichen Aufgabe, die Leute davon zu überzeugen, ihr Ersparnis anders anzulegen, wenn es keine Zinsen mehr gibt. „Die Frage ist: Wie schaffen wir es in Zeiten von Nullzinsen, eine schlechende Vermögensvernichtung bei unseren Kunden zu verhindern?“ *me. Seite 30*

## Schnellerer Schienenbau

Politiker wollen Planung von Großprojekten beschleunigen

Wer in Deutschland den Bau einer Straße oder einer Stromtrasse plant, soll es in Zukunft leichter haben. Unter Politikern verschiedener Parteien hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass der Bau von Großprojekten nicht so sehr durch Geldmangel verzögert wird, sondern durch ein zu umständliches Planungsrecht. Nach Angaben des Finanzministeriums sind derzeit allein bei der Bundesregierung fast zwanzig Milliarden Euro noch nicht ausgegeben, die für die Vorjahre eingeplant gewesen waren. SPD-Finanzminister Olaf Scholz kritisierte das: „Durch unsere Freude an der Regulierung und an der komplexen Schönheit unserer Entscheidungsverfahren sind viele Prozesse in Deutschland viel zu langsam geworden.“

Inzwischen werden auch Umweltschützer offener für schnellere Verfahren – nicht zuletzt, weil Projekte wie Schienenwege und Stromleitungen auch für den Klimaschutz wichtig sind. „Die Pla-

nungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind derzeit in allen Bundesländern zu lang“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Oliver Krischer dieser Zeitung. „Die verschiedenen Stufen von Planungen – Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren – wollen wir verzahnen und parallele Verfahrensschritte in beiden Verfahren zusammenführen.“ Zudem sollen die Verwaltungsgerichte personell verstärkt werden. Die Bürger sollen früher an Planungen beteiligt werden, damit Konflikte eher gelöst werden können. Für die FDP plädiert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Frank Sitta dafür, der Bürgerbeteiligung klare Grenzen zu setzen. Gleichzeitig solle die Verwaltung schneller digitalisiert werden, so dass Genehmigungen schneller erteilt werden können. „Länder wie die Schweiz oder Dänemark zeigen, dass das keine Zukunftsmusik ist. Es scheint nur am nötigen Willen zu scheitern.“ *bern. Seite 21*

## Bayern verliert 1:5 gegen Eintracht

Nico Kovac, der Trainer des FC Bayern München, hat ausgerechnet an seiner früheren Arbeitsstätte bei Eintracht Frankfurt eine 1:5-Niederlage hinnehmen müssen und gerät dadurch noch stärker in die Kritik. Vor mehr als 50 000 Zuschauern trafen am Samstag Kostic (5. Minute), Sow (33.), Abraham (49.), Hinteregger (61.) und Paciencia (85.) für die Eintracht. Die Münchner liegen nach dem zehnten Spieljahr vier Punkte hinter Tabellenführer Mönchengladbach und wurden in der Tabelle auch von Dortmund und Leipzig überholt. Nach einer frühen roten Karte für Jerome Boateng reichte den Bayern in Frankfurt auch der Treffer von Torjäger Lewandowski gegen Ende der ersten Halbzeit nicht. Mönchengladbach gewann in Leverkusen 2:1, Dortmund setzte sich gegen Wolfsburg 3:0 durch, und Leipzig sorgte mit einem 8:0-Erfolg gegen Mainz für ein weiteres Spektakel an diesem ereignisreichen Bundesliga-Spieltag. *F.A.S. Seite 39*

## Merz will reden

CDU in Unruhe vor Parteitag

Der Streit in der CDU über das Erbe von Angela Merkel und die Zukunft von Annegret Kramp-Karrenbauer geht weiter. Auf dem Leipziger Parteitag Ende des Monats drohen Auseinandersetzungen. Friedrich Merz hat in der Partei durchblicken lassen, er werde sich nach der Rede von Annegret Kramp-Karrenbauer zu Wort melden. Dieser Teil des Parteitages ist für die Aussprache über die Arbeit der Parteivorsitzenden vorgesehen. Merz plant eine Programmrede mit Vorschlägen zur Erneuerung der Partei. Wie sein Sprecher dieser Zeitung bestätigte, kündigte Merz seine Rede vor Parteifreunden sinngemäß mit den Worten an: „Es wurden schon andere Reden in Leipzig gehalten.“ Das sollte als Anspielung auf den Leipziger Reformparteitag im Jahr 2003 verstanden werden. Damals warb die Vorsitzende Angela Merkel für „das größte und umfassendste Reformpaket, das es in der CDU Deutschlands seit langem gegeben hat“. In einem Fernsehinterview hatte Merz diese Woche auch eine Debatte über den Fortbestand der großen Koalition und den Verbleib von Merkel im Kanzleramt angedeutet. Zuletzt suchte er die Erwartungen in der Partei an seine Rede wieder zu dämpfen.

Kramp-Karrenbauer will den Eindruck einer drohenden Konfrontation vermeiden. „Dieser Bundesparteitag ist ein Arbeitsparteitag, der sich mit der programmatischen Weiterentwicklung befassen soll. Alle Debattenbeiträge zur Zukunft des Landes und zur Zukunft der CDU sind herzlich willkommen. Ich freue mich auf eine lebhaftere, kontroverse und intensive Debatte, die dazu beiträgt, das Profil der CDU weiter zu schärfen und sie zu neuer Stärke zu führen“, sagte sie dieser Zeitung mit Blick auf die geplante Rede von Merz. Der Vorsitzende der konservativen CDU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, äußerte sich mit Blick auf eine programmatische Parteitagrede von Friedrich Merz hoffnungsvoll. „Aus der aktuellen Situation könnte eine Chance erwachsen, wenn wir den kommenden Parteitag dazu nutzen, die CDU wieder auf Kurs zu bringen“, sagte er dieser Zei-

tung. Es gebe in der Partei momentan „zu viel Beliebigkeit“.

Die Junge Union wird auf dem Parteitag den Antrag stellen, die Mitglieder über die Kanzlerkandidatenfrage entscheiden zu lassen. Bisher befinden darüber die Delegierten eines Parteitages. Gegen eine Urwahl wenden sich nun Vorsitzende großer Landesverbände. Thomas Strobl aus Baden-Württemberg sprach von schlechten Erfahrungen mit Mitgliederbefragungen in seinem Landesverband. Diese seien „nicht so positiv“ gewesen und hätten die Partei gespalten. Er sei deshalb „für Beteiligung, jedoch gegen förmliche Mitgliederbefragungen in Sachen Kanzlerkandidatur“. Der gesamte Landesvorstand sehe das „ebenso“. Auf die schlechten Erfahrungen in Baden-Württemberg wird auch in Nordrhein-Westfalen, dem Landesverband von Armin Laschet, verwiesen. Julia Klöckner aus Rheinland-Pfalz sprach sich für ein Fortbestehen der großen Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode aus und sagte, Kramp-Karrenbauer habe „einen Vorschlag gemacht, dass Ende 2020 die Partei über die Kanzlerkandidatur entscheidet. Dieser Vorschlag ist sinnvoll.“ Auch Daniel Günther aus Schleswig-Holstein ist nach Informationen dieser Zeitung strikt gegen eine Urwahl. Genauso hat sich Tobias Hans aus dem Saarland geäußert. Kramp-Karrenbauer selbst ist ebenfalls gegen eine Urwahl.

Bernd Althausmann aus Niedersachsen sagte, sein Landesverband lege viel Wert auf eine Beteiligung der Mitglieder „gerade bei wichtigen Entscheidungen“. Die Forderung nach einer Urwahl sehe er gleichwohl „gelassen“. Althausmann wies darauf hin, dass die CSU eine Urwahl bislang ablehnt. Es sei deshalb eine „Verständigung“ mit der CSU nötig. Söder hatte gesagt, es könne „nicht sein, dass eine Unionschwester per Urwahl einen Kanzlerkandidaten bestimmt und die andere das nur noch abnickt kann“. Auch Linnemann lehnt eine Urwahl mit diesem Argument ab. Unterstützt wird eine Urwahl hingegen von der Vorsitzenden des Berliner Kreises konservativer Unionsabgeordneter, Sylvia Pantel. *jbe. Seite 3*

Fotos Helmut Fricke, Getty, Imago, Mauritius, Dieter Rüchel



### SERIEN OHNE ENDE

Das Angebot bei Netflix und Amazon ist riesig. Wer findet sich da noch zurecht?

Geld & Mehr

### IM ANGRIFFSMODUS

Hessens neue SPD-Vorsitzende Nancy Faeser knöpft sich die Grünen vor.

Rhein-Main

### ZU LANGE SCHWANGER

Nach dem Geburtstermin droht dem Kind im Mutterleib Gefahr.

Wissenschaft



Lotto: 6, 15, 17, 21, 25, 41 - 3\*  
 Spiel 77: 0 3 7 2 5 2 0  
 Super 6: 9 8 1 8 2 4  
 Alle Zahlen ohne Gewähr. \*Superzahl  
 Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00  
 Im Internet: www.faz.net/meinabo  
 Abo-Bestellung: (0 69) 75 91-33 59  
 Im Internet: www.faz.net/lab0

Belgien, Luxemburg, Österreich, Slowakei 5,00 € •  
 Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Niederlande,  
 Portugal (Cont.), Spanien, Katar, Zypern 5,30 € •  
 Großbritannien 4,90 € • Schweiz 5,90 sfrs • Ungarn 1430 Ft

